

Journal

■ Mehr Zahnärzte in Europa

Die Zahl der praktizierenden Zahnärzte in Europa ist 2009 um 0,4 Prozent leicht angestiegen, während die Zahl der Dentallabore um circa 1,7 Prozent rückläufig war. Das Umsatzvolumen des gesamten Dentalmarktes stieg um 2,8 Prozent. Das zeigt der Dentalmarktbericht 2010 der Europäischen Dentalhändler-Vereinigung ADDE. Die vier größten Ländermärkte Europas verzeichnen – bis auf Italien mit einem Minus von 5,9 Prozent – Wachstumsraten beim Gesamtumsatz des Dentalmarktes: Deutschland plus 3,2 Prozent, Frankreich plus circa 20 Prozent, Großbritannien plus 7,4 Prozent. Der Umsatz für Verbrauchsmaterial stieg europaweit um circa 3,2 Prozent, der für Geräte und Einrichtungen um 3,5 Prozent. Der Gesamtumsatz für den Laborbereich verzeichnete einen Anstieg um knapp ein Prozent. Die Zahl der gelieferten CAD/CAM-Geräte blieb 2009 im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert. Weitere Informationen über die Vereinigung der Europäischen Dentalhändler unter www.adde.info lin

■ „Freie Berufe in der Krise dynamisch“

Die Zahl der Selbstständigen in Freien Berufen steigt weiter kontinuierlich an: im Vergleich zum Vorjahr von 1 053 000 auf 1 114 000 (plus 5,8 Prozent). Das geht aus den aktuellen Zahlen des Instituts für Freie Berufe in Nürnberg (IFB) hervor. „Damit zeigen sich die Freien Berufe selbst in der Krise dynamisch, meistens robust und als tragfähige Existenzen. Auch unterstreichen die Zahlen das Gewicht der Freien Berufe als Wirtschaftsfaktor, der mehr als zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt“, kommentiert Dr. Ulrich Oesingmann, Präsident des Bundesverbands Freier Berufe. Die Freien Berufe könnten dank der für sie charakteristischen Kreativität und Flexibilität besser mit der Krise umgehen und seien vor allem, entgegen dem allgemeinen Abwärtstrend, für den Arbeitsmarkt „ein Fels in der Brandung“: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Praxen, Kanzleien, Büros und Apotheken ist um 1,2 Prozent von 2 636 000 auf 2 668 000 gestiegen. Rechnet man die Zahl der Auszubildenden und die nicht-sozialversicherungspflichtigen Familienangehörigen dazu, arbeiten 3 015 000 Personen bei einem Freiberufler – ein Plus von 1,5 Prozent. lin/BFB

■ Einladung nach Frankreich

Die Berufsvertretung der Zahnärzte in Frankreich, die Confédération Nationale des Syndicats Dentaires (CNSD), lädt deutsche Zahnärzte für eine Woche nach Frankreich ein. Der Austausch zwischen der CNSD und der Bundeszahnärztekammer besteht bereits seit 45 Jahren. Vom 22. bis zum 27. November 2010 hat der französische Beauftragte Dr. Yves Pflieger ein „spezielles fachliches, kulturelles Programm“ für deutsche Zahnärzte zusammengestellt, heißt es in der Einladung. Dazu gehört unter anderem der Besuch des nationalen Fortbildungskongresses der Association Dentaire Française in Paris. Dort beginnt und endet die Woche. Die eigene Anreise nach Paris sowie französische Sprachkenntnisse werden vorausgesetzt. Die CNSD gewährt jedem Teilnehmer ein Stipendium in Höhe von 500 Euro als Zuschuss, weitere Kosten sind selbst zu tragen. Die deutschen Teilnehmer sollten die Bereitschaft mitbringen, über ihren Aufenthalt in Frankreich in den Zahnärztlichen Mitteilungen – zm – zu berichten und französische Kollegen bei einem Gegenbesuch in Deutschland zu begleiten. Interessenten melden sich bis zum 1. Oktober bei der Zahnärztekammer des Saarlandes an: per Brief an die Ärztekammer des Saarlandes – Abteilung Zahnärzte, Postfach 10 16 61, 66016 Saarbrücken; per Fax unter 0681 5846153 oder per E-Mail unter mail@zaek-saar.de. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach der Reihenfolge der Anmeldung sowie nach regionalen Gesichtspunkten. lin

■ Infos zum Tag der Zahngesundheit

Der diesjährige Tag der Zahngesundheit am 25. September steht unter dem Motto: „Gesund beginnt im Mund – Lachen ist gesund“. Das Konzept des Tages wurde im Jahr 1990 entwickelt, sodass der Tag der Zahngesundheit heuer zum 20. Mal stattfindet. Seit Anfang Juli können Praxen beim Verein für Zahnhygiene ein Infopaket für die Patientenaufklärung anfordern. Es wurde vom Aktionskreis „Tag der Zahngesundheit“ zusammengestellt und beinhaltet unter anderem Poster, Merkblätter, Broschüren und Produktproben rund um das Thema „Mundhygiene und Prophylaxe“. Das Paket kostet 7,50 Euro. Details und Bestelladresse unter www.tagderzahngesundheit.de > Infopaket lin

■ Mehr Geld für Landärzte?

Seltene Eintracht zwischen Schwarz und Gelb: Der bayerische Gesundheitsminister Dr. Markus Söder und Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch setzen sich gemeinsam dafür ein, dass sich mehr junge Mediziner auf dem Land niederlassen. Anlass war eine Studie der Universität München, der zufolge sich nur 30 Prozent der Befragten vorstellen können, nach ihrem Studium in der Provinz zu arbeiten. „Wir müssen die bittere Pille Provinz versüßen“, erklärte Heubisch in der Süddeutschen Zeitung. Dabei kann der FDP-Politiker auf die Unterstützung der CSU zählen. Auf Initiative von Gesundheitsminister Söder hat das bayerische Kabinett ein Maßnahmenpaket zur besseren medizinischen Versorgung im ländlichen Raum beschlossen. Es sieht vor, die Honorare von Allgemeinärzten auf dem Land gegenüber den Kollegen in den Städten zu erhöhen. lh

■ GKV-System stabil

Der Präsident des Bundesversicherungsamtes, Dr. Maximilian Gaßner, hat Spekulationen über eine Pleitewelle in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) als unbegründet bezeichnet. Sollte es zur Schließung einer Krankenkasse kommen, bleibe der Versicherungsschutz erhalten, so Gaßner in einem Beitrag für den „Tagesspiegel“ aus Berlin. Ärzte, Kliniken und Apotheker erhielten weiter ihr Geld. Zuvor hatte das Nachrichtenmagazin „Focus“ von 23 akut gefährdeten Kassen gesprochen. Der GKV-Spitzenverband wies diese Zahlen umgehend zurück. Gegenwärtig hätten nur drei Kassen beim BVA gemeldet, dass ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gefährdet sei. Der BKK-Bundesverband versucht derzeit, durch Fusionen Insolvenzen einzelner Betriebskrankenkassen zu vermeiden. ho

■ Pessimismus bei den Freiberuflern

Während die Zahnärzte bislang relativ unbeschadet durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen sind (siehe Seite 12 f.), blicken die übrigen Freiberufler weit weniger optimistisch in die Zukunft. Einer Befragung des Rheinischen Instituts für Wirt-

schaftsforschung (RWI) zufolge, stufen nur 26 Prozent der Freiberufler ihre persönliche Lage als gut oder sehr gut ein. Ebenfalls 26 Prozent nennen ihre Lage schlecht oder sehr schlecht. Die Hauptgründe für den Pessimismus sind steigende Kosten und ein Rückgang der Nachfrage. Zu einer Stimmungsaufhellung trägt auch die Politik nur wenig bei. So forderte der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude unlängst die Ausweitung der Gewerbesteuer auf die Freien Berufe. Das „grundfalsche Signal zur falschen Zeit“ nannte KZVB-Chef Dr. Janusz Rat diesen Vorstoß. Derzeit steigt die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen noch an. Laut Bundesverband der Freien Berufe (BFB) waren im Januar 1,11 Millionen selbstständige Freiberufler gemeldet. Das seien 5,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Doch damit könnte es bald vorbei sein, wenn die Pläne von Münchens Oberbürgermeister Christian Ude verwirklicht werden. Damit würden die Freien Berufe schlagartig an Attraktivität verlieren (siehe Seite 23 f.). Neben den Zahnärzten arbeiten auch selbstständige Psychologen, Ärzte, Anwälte, Architekten sowie Journalisten, Wissenschaftler und Künstler als Freiberufler. Ihre Tätigkeit ist laut Gesetz kein Gewerbe. lh/ho

■ Merkel: Gesundheitskosten steigen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Deutschen auf deutlich steigende Gesundheitskosten eingestimmt, berichtet die Financial Times Deutschland. Über die nächsten Jahre werde es im Gesundheitssystem Kostensteigerungen von jährlich drei Prozent geben, sagte die Kanzlerin beim Tag der Industrie- und Handelskammern in Berlin. Ohne dauerhaft kostendämpfende Maßnahmen könnten die Ausgaben sogar aus dem Ruder laufen und jährlich um etwa fünf Prozent zulegen. Hier müsse die schwarz-gelbe Koalition gegensteuern. „Die elf Milliarden Defizit, die vor uns liegen, zwingen uns, sehr schnell zu handeln“, sagte Merkel. Bei den steigenden Zusatzbeiträgen der Krankenversicherten müsse geschaut werden, wie der soziale Ausgleich für Härtefälle finanziert werde. Der „gerechteste Weg“ sei es, diesen Ausgleich aus dem Steuersystem zu holen, sagte Merkel. Die Arbeitgeberbeiträge würden dagegen auf absehbare Zeit eingefroren, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern. lh